

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980

A. Problem und Ziel

Die 12. Generalversammlung der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) hat am 29. und 30. September 2015 Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) und seiner Anhänge D, F und G beschlossen. Die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen treten für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen, die vor Inkrafttreten der Änderungen erklärt haben, dass sie den Änderungen nicht zustimmen, in folgendem Zeitpunkt in Kraft: die Änderungen des Übereinkommens zwölf Monate nach Genehmigung durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten, die Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen zwölf Monate nach Genehmigung durch die Hälfte der Mitgliedstaaten. Die beschlossenen Änderungen sollen genehmigt werden.

B. Lösung

Mit dem Vertragsgesetz soll die Voraussetzung für das Inkrafttreten der Änderungen geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

*Fristablauf: 15. 06. 17
besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG*

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine. Das Vertragsgesetz hat keine Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau.

04. 05. 17

Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zur Änderung des Übereinkommens
über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 4. Mai 2017

An die
Präsidentin des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist besonders eilbedürftig, um das Gesetzgebungsverfahren bis zur parlamentarischen Sommerpause abzuschließen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Dr. Angela Merkel

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zur Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den in Bern am 29. und 30. September 2015 auf der 12. Generalversammlung der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) beschlossenen Änderungen der folgenden Vorschriften wird zugestimmt:

1. Artikel 3 § 2, Artikel 12 § 5, Artikel 14 § 2 Buchstabe e und § 6, Artikel 15 § 5 Buchstabe g, Artikel 20 und 24 § 5, Artikel 25 und 26 §§ 5 bis 7 sowie Artikel 33 § 4 Buchstabe a des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (COTIF 1999; BGBl. 2002 II S. 2140, 2142, 2149), das zuletzt durch den in Bern am 25. und 26. Juni 2014 auf der 25. Tagung des Revisionsausschusses gefassten Beschluss (BGBl. 2015 II S. 830, 831) geändert worden ist,
2. Artikel 1a und 9 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für Verträge über die Verwendung von Wagen im internationalen Eisenbahnverkehr (CUV – Anhang D zum Übereinkommen (BGBl. 2002 II S. 2140, 2149, 2258)), die durch den auf der 25. Tagung des Revisionsausschusses gefassten Beschluss (BGBl. 2015 II S. 830, 832) geändert worden sind,
3. Artikel 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für die Verbindlicherklärung technischer Normen und für die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist (APTU – Anhang F zum Übereinkommen), in der am 23. Juni 2009 auf der 24. Tagung des Revisionsausschusses angenommenen Neufassung (BGBl. 2015 II S. 854, 855), die durch den auf der 25. Tagung des Revisionsausschusses gefassten Beschluss (BGBl. 2015 II S. 1238, 1239) geändert worden sind, sowie
4. Artikel 1 und 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für die technische Zulassung von Eisenbahnmaterial, das im internationalen Verkehr verwendet wird (ATMF – Anhang G zum Übereinkommen), in der am 23. Juni 2009 auf der 24. Tagung des Revisionsausschusses angenommenen Neufassung (BGBl. 2015 II S. 854, 868), die durch den auf der 25. Tagung des Revisionsausschusses gefassten Beschluss (BGBl. 2015 II S. 1238, 1241) geändert worden sind.

Die Änderungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderungen der in Artikel 1 Nummer 1 genannten Vorschriften nach Artikel 34 § 2 des Übereinkommens und der in Artikel 1 Nummer 2 bis 4 genannten Vorschriften nach Artikel 34 § 3 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

A. Allgemeiner Teil

Die 12. Generalversammlung der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) hat am 29. und 30. September 2015 Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (COTIF 1999) und seiner Anhänge D, F und G beschlossen. Die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen müssen durch die Mitgliedstaaten noch nachträglich genehmigt werden, damit sie in Kraft treten können. Die Änderungen des Grundübereinkommens treten zwölf Monate nach Genehmigung durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten für alle Mitgliedstaaten in Kraft (Artikel 34 § 2 COTIF 1999). Die Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen treten zwölf Monate nach Genehmigung durch die Hälfte der Mitgliedstaaten für alle Mitgliedstaaten in Kraft (Artikel 34 § 3 COTIF 1999). Die Bundesregierung spricht sich dafür aus, die Änderungen zu genehmigen. Damit die Änderungen durch die Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden können, ist ein Vertragsgesetz erforderlich, da nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Vertragsgesetzes bedürfen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf die Änderungsbeschlüsse findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Es bedarf daher eines Vertragsgesetzes. Zwar können nach Artikel 2 des Gesetzes vom 24. August 2002 zu dem Protokoll vom 3. Juni 1999 betreffend die Änderung des Übereinkommens vom 9. Juni 1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) (BGBl. 2002 II S. 2140) dort bezeichnete Änderungen des Grundübereinkommens oder seiner Anhänge durch Verordnung geändert werden. Keiner der in dieser Verordnungsermächtigung genannten Tatbestände trifft jedoch zu.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 87e Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Vorhaben Auswirkungen auf den Schienenpersonennahverkehr hat.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Ein schnelles Inkrafttreten ist wünschenswert, damit die Genehmigung zu den Änderungen erklärt werden kann.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben. Dies dient der Rechtssicherheit.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Kommunen werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere für die mittelständischen Unternehmen, noch bei Bürgerinnen und Bürgern. Auch für den Bund und die Länder entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Das Gesetz stärkt den Verkehrsträger Eisenbahn, indem es einen Beitrag zur Angleichung der internationalen Rahmenbedingungen für den Eisenbahnverkehr leistet. Da der Eisenbahnverkehr durch eine Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene insgesamt attraktiver wird, trägt das Vorhaben zu einer nachhaltigen Entwicklung bei und ist umfassend mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vereinbar. Der umweltfreundliche Verkehrsträger Schiene wird insgesamt gestärkt, auch im intermodalen Wettbewerb.

Insbesondere der Nachhaltigkeitsindikator „Mobilität. Mobilität sichern – Umwelt schonen“ wird mit dem Gesetz positiv berührt: Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den internationalen Eisenbahnverkehr wird der Verkehrsträger Schiene insgesamt gestärkt, und eine Verlagerung von Verkehren auf die Schiene wird so befördert.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Beschluss der 12. Generalversammlung
zur Änderung des Grundübereinkommens

Decision of the 12th General Assembly
to modify the Convention

Décision de la 12^e Assemblée générale
de modifier la Convention

Artikel 3 § 2, 12 § 5, 14 § 2 Buchst. e), 14 § 6, 15 § 5 Buchst. g), 20, 24 § 5, 25, 26 §§ 5 bis 7 und 33 § 4, Buchst. a) des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) und der vom Revisionsausschuss in seiner 24. und 25. Tagung angenommenen Änderungen werden wie folgt gefasst:

„Artikel 3

Internationale Zusammenarbeit

§ 2

Die Verpflichtungen, die sich aus § 1 für die Mitgliedstaaten, die zugleich Mitglieder der Europäischen Union oder zugleich Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, ergeben, lassen die Verpflichtungen, die sie als Mitglieder der Europäischen Union oder als Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum treffen, unberührt.

Artikel 12

**Vollstreckung von Urteilen.
Arrest und Pfändung**

§ 5

Eisenbahnfahrzeuge können in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, in dem der Halter seinen Sitz hat, nur auf Grund einer Entscheidung der Gerichte dieses Staates mit Arrest belegt oder gepfändet werden. Der Ausdruck „Halter“ bezeichnet die natürliche oder juristische Person, die als Eigentümerin oder Verfügungsberechtigte einen Wagen als Beförderungsmittel wirtschaftlich nutzt.

Artikel 14

Generalversammlung

§ 2

e) setzt für einen Zeitraum von drei Jahren den Höchstbetrag fest, den die Ausgaben der Organisation in jeder Haushaltsperiode (Artikel 25) erreichen dürfen; andernfalls gibt sie für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren Richtlinien für die Begrenzung dieser Ausgaben;

Articles 3 § 2, 12 § 5, 14 § 2 letter e), 14 § 6, 15 § 5 letter g), 20, 24 § 5, 25, 26 §§ 5 to 7 and 33 § 4, letter a) of the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) and with amendments adopted by the Revision Committee at its 24th and 25th sessions read as follows:

“Article 3

International cooperation

§ 2

The obligations resulting from § 1 for the Member States, which are at the same time Members of the European Union or States parties to the European Economic Area Agreement, shall not prevail over their obligations as members of the European Union or States parties to the European Economic Area Agreement.

Article 12

**Execution of judgements.
Attachment**

§ 5

Railway vehicles may only be seized on a territory other than that of the Member State in which the keeper has its registered office, under a judgement given by the judicial authority of that State. The term “keeper” means the person or entity that, being the owner of a vehicle or having the right to use it, exploits the vehicle as a means of transport.

Article 14

General Assembly

§ 2

e) fix, for three year periods, the maximum amount that the expenditure of the Organisation may reach in each budgetary period (Article 25); if not, it shall issue directives relating to the limitation of that expenditure for a period no longer than three years;

Les articles 3, § 2, 12, § 5, 14, § 2, lettre e), 14, § 6, 15, § 5, lettre g), 20, 24, § 5, 25, 26, §§ 5 à 7 et 33, § 4, lettre a), de la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 dans la teneur du Protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) et des modifications adoptées par la Commission de révision lors de ses 24^e et 25^e sessions sont libellés comme suit:

«Article 3

Coopération internationale

§ 2

Les obligations résultant du § 1 pour les Etats membres, qui sont également Membres de l'Union européenne ou Etats parties à l'Accord sur l'Espace économique européen, ne prévalent pas sur leurs obligations en tant que Membres de l'Union européenne ou Etats parties à l'Accord sur l'Espace économique européen.

Article 12

**Exécution de jugements.
Saisies**

§ 5

Les véhicules ferroviaires ne peuvent être saisis, sur un territoire autre que celui de l'Etat membre dans lequel le détenteur a son siège social, qu'en vertu d'un jugement rendu par l'autorité judiciaire de cet Etat. Le terme «détenteur» désigne la personne ou l'entité propriétaire du véhicule ou disposant d'un droit de disposition sur celui-ci, qui exploite ledit véhicule à titre de moyen de transport.

Article 14

Assemblée générale

§ 2

e) fixe, par période de trois ans, le montant maximal que peuvent atteindre les dépenses de l'Organisation durant chaque période budgétaire (article 25); à défaut, elle émet, pour une période ne pouvant excéder trois ans, des directives relatives à la limitation de ces dépenses;

§ 6

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der bei der Abstimmung vertretenen Mitgliedstaaten; in den Fällen des § 2 Buchst. e), f), g), h), l) und p) sowie im Falle des Artikels 34 § 6 ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Im Falle des § 2 Buchst. l) ist eine Mehrheit von zwei Dritteln nur erforderlich, soweit es sich um Anträge auf Änderung des Übereinkommens selbst, mit Ausnahme der Artikel 9 und 27 §§ 2 bis 4, sowie um Anträge auf Änderung des in Artikel 1 § 4 genannten Protokolls handelt.

Artikel 15**Verwaltungsausschuss**

§ 5

g) setzt auf der Grundlage des genehmigten Rechnungsabschlusses den endgültigen Beitrag, den die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 26 für das abgelaufene Kalenderjahr zu tragen haben, sowie die Höhe der für das laufende Kalenderjahr nach Maßgabe des Artikels 26 § 5 zu leistenden Vorauszahlung fest;

Artikel 20**Fachausschuss für technische Fragen**

§ 1

Der Fachausschuss für technische Fragen

- a) entscheidet über die Verbindlicherklärung einer technischen Norm für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 5 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU. Bei solchen Entscheidungen kann er technische Normen oder spezifische Teile daraus entweder für verbindlich erklären, oder ihre Verbindlicherklärung ablehnen; er kann sie keinesfalls ändern;
- b) entscheidet über die Annahme oder Änderung einer Einheitlichen Technischen Vorschrift für Bau, Betrieb, Instandhaltung oder für Verfahren betreffend Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU;
- c) beobachtet die Anwendung technischer Normen und einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Eisenbahnverkehr bestimmt ist, und prüft ihre Weiterentwicklung im Hinblick auf ihre Verbindlicherklärung oder Annahme gemäß den in Artikel 5 und 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU vorgesehenen Verfahren;
- d) entscheidet gemäß Artikel 33 § 6 über Anträge auf Änderung des Übereinkommens;
- e) befasst sich mit allen weiteren Angelegenheiten, die ihm gemäß den Einheit-

§ 6

The General Assembly shall take its decisions by the majority of the Member States represented at the time of the vote, save in the case of § 2, letters e), f), g), h), l) and p) as well as of Article 34 § 6, for which the majority shall be two-thirds. However, in the case of § 2, letter l) the majority shall be two-thirds only in the case of proposals aiming to modify the Convention itself, with the exception of Articles 9 and 27 §§ 2 to 4 and the Protocol referred to in Article 1 § 4.

Article 15**Administrative Committee**

§ 5

g) fix, on the basis of the approved accounts, the definitive contributions due from the Member States in accordance with Article 26 for the previous calendar year, as well as the amount of the treasury advance due from the Member States in accordance with Article 26 § 5 for the current year;

Article 20**Committee of Technical Experts**

§ 1

The Committee of Technical Experts shall:

- a) take decisions, in accordance with Article 5 of the APTU Uniform Rules, about the validation of a technical standard relating to railway material intended to be used in international traffic; when taking such decisions, the technical standards or certain specific parts of these standards may either be validated or rejected; they may not under any circumstances be modified;
- b) take decisions, in accordance with Article 6 of the APTU Uniform Rules, about the adoption or modification of a uniform technical prescription relating to the construction, operation, maintenance or relating to a procedure concerning railway material intended to be used in international traffic;
- c) keep a watch on the application of technical standards and uniform technical prescriptions relating to railway material intended to be used in international traffic and examine their development with a view to their validation or adoption in accordance with the procedures provided for in Articles 5 and 6 of the APTU Uniform Rules;
- d) take decisions, in accordance with Article 33 § 6, about proposals aiming to modify the Convention;
- e) deal with all other matters which are assigned to it in accordance with the

§ 6

L'Assemblée générale prend ses décisions à la majorité des Etats membres représentés lors du vote sauf dans les cas du § 2, lettres e), f), g), h), l) et p) ainsi que dans le cas de l'article 34, § 6, pour lesquels la majorité des deux tiers est requise. Toutefois, dans le cas du § 2, lettre l) une majorité des deux tiers n'est requise que lorsqu'il s'agit des propositions tendant à modifier la Convention proprement dite, à l'exception des articles 9 et 27, §§ 2 à 4, ainsi que le Protocole visé à l'article premier, § 4.

Article 15**Comité administratif**

§ 5

g) fixe, sur la base des comptes approuvés, les contributions définitives dues par les Etats membres conformément à l'article 26 pour l'année civile écoulée, ainsi que le montant de l'avance de trésorerie dû par les Etats membres conformément à l'article 26, § 5 pour l'année en cours;

Article 20**Commission d'experts techniques**

§ 1

La Commission d'experts techniques

- a) décide, conformément à l'article 5 des Règles uniformes APTU, de la validation d'une norme technique relative au matériel ferroviaire destiné à être utilisé en trafic international. Dans le cadre de telles décisions, les normes techniques ou certaines parties spécifiques de ces normes peuvent être soit validées soit rejetées; elles ne peuvent en aucun cas être modifiées;
- b) décide, conformément à l'article 6 des Règles uniformes APTU, de l'adoption ou de la modification d'une prescription technique uniforme relative à la construction, à l'exploitation, à la maintenance ou à une procédure concernant le matériel ferroviaire destiné à être utilisé en trafic international;
- c) veille à l'application des normes techniques et des prescriptions techniques uniformes relatives au matériel ferroviaire destiné à être utilisé en trafic international ferroviaire et examine leur développement en vue de leur validation ou adoption conformément aux procédures prévues aux articles 5 et 6 des Règles uniformes APTU;
- d) décide, conformément à l'article 33, § 6, des propositions tendant à modifier la Convention;
- e) traite de toutes les autres affaires qui lui sont attribuées conformément aux Rè-

lichen Rechtsvorschriften APTU und den Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF zur Behandlung zugewiesen sind.

§ 2

Der Fachausschuss für technische Fragen ist beschlussfähig (Artikel 13 § 3), wenn die Hälfte der Mitgliedstaaten im Sinne des Artikels 16 § 1 vertreten ist. Bei der Beschlussfassung über Bestimmungen der Anlagen der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU haben Mitgliedstaaten, die den betreffenden Bestimmungen gemäß Artikel 35 § 4 widersprochen oder eine Erklärung gemäß Artikel 9 § 1 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU abgegeben haben, kein Stimmrecht.

Artikel 24**Listen der Linien**

§ 5

Beförderungen auf Linien zur See oder auf Binnengewässern gemäß § 1 und Beförderungen auf Eisenbahnstrecken gemäß § 2 sind dem Übereinkommen nach Ablauf eines Monats, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Eintragung, unterstellt. Sie sind dem Übereinkommen nach Ablauf von einem Monat, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Streichung, nicht mehr unterstellt, ausgenommen bereits begonnene Beförderungen, die beendet werden müssen.

Artikel 25**Arbeitsprogramm. Vorschlag. Rechnungsabschluss. Geschäftsbericht**

§ 1

Der Vorschlag und der Rechnungsabschluss der Organisation umfassen einen Zeitraum von jeweils einem Kalenderjahr. Das Arbeitsprogramm umfasst einen Zeitraum von zwei Kalenderjahren.

§ 2

Die Organisation gibt jedes Jahr einen Geschäftsbericht heraus.

§ 3

Die Höhe der Ausgaben der Organisation wird auf Vorschlag des Generalsekretärs vom Verwaltungsausschuss für jede Haushaltsperiode festgelegt.

Artikel 26**Finanzierung der Ausgaben**

§ 5

Die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den Ausgaben der Organisation werden in Form einer Vorauszahlung bis spätestens 31. Oktober des Jahres, das der Vorschlag umfasst, geschuldet. Die Höhe der Vorauszahlungen wird auf der Grundlage der für das Vorjahr endgültig geschuldeten Beiträge festgesetzt.

APTU Uniform Rules and the ATMF Uniform Rules.

§ 2

There shall be a quorum (Article 13 § 3) in the Committee of Technical Experts, when one-half of the Member States, within the meaning of Article 16 § 1, are represented there. When the Committee is taking decisions about provisions of the Annexes to the APTU Uniform Rules, Member States which have made an objection, in accordance with Article 35 § 4, with regard to the provisions concerned or have made a declaration, in accordance with Article 9 § 1 of the APTU Uniform Rules, shall not have the right to vote.

Article 24**Lists of lines or services**

§ 5

Carriage on the maritime and inland waterway services referred to in § 1 and carriage on the railway lines referred to in § 2 shall be subject to the provisions of the Convention on the expiration of one month running from the date of the notification of their inclusion by the Secretary General. Such a service or line shall cease to be subject to the provisions of the Convention on the expiration of one month running from the date of the notification of the deletion by the Secretary General, save in respect of carriage underway which must be finished.

Article 25**Work Programme. Budget. Accounts. Annual Report**

§ 1

The budget and accounts of the Organisation shall cover a period of one calendar year. The work programme shall cover a period of two calendar years.

§ 2

The Organisation shall publish a management report every year.

§ 3

The total amount of expenditure of the Organisation shall be fixed, for each budgetary period, by the Administrative Committee on a proposal by the Secretary General.

Article 26**Financing the expenditure**

§ 5

The contributions of the Member States to the expenditure of the Organisation shall be due in the form of a treasury advance payable at the latest by the 31 October of the year covered by the budget. The treasury advance shall be fixed on the basis of the definitive contributions for the preceding year.

gles uniformes APTU et aux Règles uniformes ATMF.

§ 2

A la Commission d'experts techniques, le quorum (article 13, § 3) est atteint lorsque la moitié des Etats membres au sens de l'article 16, § 1 y sont représentés. Lors de la prise de décisions concernant des dispositions des Annexes des Règles uniformes APTU, les Etats membres qui ont formulé une objection, conformément à l'article 35, § 4, à l'égard des dispositions concernées ou ont fait une déclaration, conformément à l'article 9, § 1 des Règles uniformes APTU, n'ont pas le droit de vote.

Article 24**Listes des lignes**

§ 5

Les transports sur les lignes maritimes et de navigation intérieure visées au § 1 et les transports sur les lignes ferroviaires visées au § 2 sont soumis aux dispositions de la Convention à l'expiration d'un mois à compter de la date de la notification de l'inscription par le Secrétaire général. Une telle ligne cesse d'être soumise aux dispositions de la Convention à l'expiration d'un mois à compter de la date de la notification de la radiation par le Secrétaire général, sauf en ce qui concerne les transports en cours, qui doivent être achevés.

Article 25**Programme de travail. Budget. Comptes. Rapport de gestion**

§ 1

Le budget et les comptes de l'Organisation couvrent une période d'une année civile. Le programme de travail couvre une période de deux années civiles.

§ 2

L'Organisation édite un rapport de gestion tous les ans.

§ 3

Le montant des dépenses de l'Organisation est arrêté, pour chaque période budgétaire, par le Comité administratif, sur proposition du Secrétaire général.

Article 26**Financement des dépenses**

§ 5

Les contributions des Etats membres aux dépenses de l'Organisation sont dues, sous forme d'avance de trésorerie payable au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année que couvre le budget. L'avance de trésorerie est fixée sur la base des contributions de l'année précédente définitivement dues.

§ 6

Mit der Übersendung des Geschäftsberichts und des Rechnungsabschlusses an die Mitgliedstaaten teilt der Generalsekretär die endgültige Höhe des Beitrags für das abgelaufene Kalenderjahr sowie die Höhe des Vorschusses für das kommende Kalenderjahr mit.

§ 7

Nach dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Mitteilung des Generalsekretärs gemäß § 6 erfolgt ist, ist der für das abgelaufene Kalenderjahr geschuldete Beitrag mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen. Hat ein Mitgliedstaat zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt seinen Beitrag nicht gezahlt, so ist sein Stimmrecht ausgesetzt, bis er seiner Zahlungspflicht nachgekommen ist. Nach Ablauf einer weiteren Frist von zwei Jahren prüft die Generalversammlung, ob die Haltung dieses Staates als stillschweigende Kündigung des Übereinkommens anzusehen ist, wobei sie gegebenenfalls den Zeitpunkt festlegt, in dem die Kündigung wirksam wird.

Artikel 33**Zuständigkeiten**

§ 4

a) Artikel 9 und 27 §§ 2 bis 4;“

§ 6

When sending the management report and statement of accounts to the Member States, the Secretary General shall notify the definitive amount of the contribution for the previous calendar year as well as the amount of the treasury advance in respect of the calendar year to come.

§ 7

After the 31 December of the year the notification is made by the Secretary General in accordance with § 6, the amounts due for the last calendar year shall bear interest at the rate of five per cent per annum. If, two years after that date, a Member State has not paid its contribution, its right to vote shall be suspended until it has fulfilled its obligation to pay. On expiry of a further period of two years, the General Assembly shall consider whether the attitude of that State should be regarded as a tacit denunciation of the Convention and, where necessary, shall determine the effective date thereof.

Article 33**Competence**

§ 4

a) Articles 9 and 27 §§ 2 to 4;”

§ 6

Lors de l'envoi aux Etats membres du rapport de gestion et du relevé des comptes, le Secrétaire général communique le montant définitif de la contribution de l'année civile écoulée ainsi que le montant pour l'avance de trésorerie pour l'année civile à venir.

§ 7

Après le 31 décembre de l'année de la communication du Secrétaire général conformément au § 6, les sommes dues pour l'année civile écoulée portent intérêt à raison de cinq pour cent l'an. Si, deux ans après cette date, un Etat membre n'a pas payé sa part contributive, son droit de vote est suspendu jusqu'à ce qu'il ait satisfait à l'obligation de paiement. A l'expiration d'un délai supplémentaire de deux ans, l'Assemblée générale examine si l'attitude de cet Etat doit être considérée comme une dénonciation tacite de la Convention, en fixant, le cas échéant, la date d'effet.

Article 33**Compétence**

§ 4

a) articles 9 et 27, §§ 2 à 4;»

Beschluss der 12. Generalversammlung
zur Änderung des Anhangs D (ER CUV)

Decision of the 12th General Assembly
to modify Appendix D (CUV UR)

Décision de la 12^e Assemblée générale
de modifier l'Appendice D (RU CUV)

- | | | |
|--|---|---|
| <p>1. Nach Artikel 1 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für Verträge über die Verwendung von Wagen im internationalen Eisenbahnverkehr (CUV), Anhang D zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) und der vom Revisionsausschuss in seiner 25. Tagung angenommenen Änderung wird folgender Artikel 1a eingefügt:</p> | <p>1. After Article 1 of the Uniform Rules concerning Contracts of Use of Vehicles in International Rail Traffic (CUV), Appendix D to the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) and with the amendment adopted by the Revision Committee at its 25th session the new Article 1a is inserted and reads as follows:</p> | <p>1. Après l'article 1^{er} des Règles uniformes concernant les contrats d'utilisation de véhicules en trafic international ferroviaire (CUV), appendice D à la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 dans la teneur du Protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) et de la modification adoptée par la Commission de révision lors de sa 25^e session, est inséré un article 1^{er} bis libellé comme suit:</p> |
|--|---|---|

„Artikel 1a

Regelungsbereich

Diese Einheitlichen Rechtsvorschriften regeln ausschließlich die aus dem Vertrag über die Verwendung von Eisenbahnwagen als Beförderungsmittel zur Durchführung von Beförderungen nach den Einheitlichen Rechtsvorschriften CIV und nach den Einheitlichen Rechtsvorschriften CIM erwachsenden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Die auf Wagenverwendungen anzuwendenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften insbesondere über die technische Zulassung, die Instandhaltung und die Betriebssicherheit bleiben unberührt.“

“Article 1a

Areas governed

These Uniform Rules govern only the rights and obligations of the parties which arise from a contract concerning the use of railway vehicles as means of transport for carriage in accordance with the CIV Uniform Rules and in accordance with the CIM Uniform Rules. Public law prescriptions applicable to the use of railway vehicles, in particular those prescriptions relating to the technical admission of vehicles, to maintenance and to operational safety, shall remain unaffected.”

«Article 1^{er} bis

Champ de réglementation

Les présentes Règles uniformes régissent exclusivement les droits et obligations des parties résultant du contrat concernant l'utilisation de véhicules ferroviaires en tant que moyen de transport pour effectuer des transports selon les Règles uniformes CIV et selon les Règles uniformes CIM. Il n'est pas porté atteinte aux prescriptions de droit public, notamment aux prescriptions relatives à l'admission technique des véhicules, à la maintenance et à la sécurité d'exploitation.»

- | | | |
|--|--|---|
| <p>2. Artikel 9 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für Verträge über die Verwendung von Wagen im internationalen Eisenbahnverkehr (CUV), Anhang D zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) und der vom Revisionsausschuss in seiner 25. Tagung angenommenen Änderung wird wie folgt gefasst:</p> | <p>2. Article 9 of the Uniform Rules concerning Contracts of Use of Vehicles in International Rail Traffic (CUV), Appendix D to the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) and with the amendment adopted by the Revision Committee at its 25th session reads as follows:</p> | <p>2. L'article 9 des Règles uniformes concernant les contrats d'utilisation de véhicules en trafic international ferroviaire (CUV), appendice D à la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 dans la teneur du Protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) et de la modification adoptée par la Commission de révision lors de sa 25^e session, est libellé comme suit:</p> |
|--|--|---|

„Artikel 9

**Haftung für Bedienstete
und andere Personen**

§ 1

Die Parteien des Vertrages haften für ihre Bediensteten und für andere Personen, deren sie sich zur Erfüllung des Vertrages bedienen, soweit diese Bediensteten und anderen Personen in Ausübung ihrer Verrichtungen handeln.

“Article 9

**Liability for servants
and other persons**

§ 1

The contracting parties shall be liable for their servants and other persons whose services they make use of for the performance of the contract, when these servants and other persons are acting within the scope of their functions.

«Article 9

**Responsabilité pour les agents
et autres personnes**

§ 1

Les parties au contrat sont responsables de leurs agents et des autres personnes au service desquelles elles recourent pour l'exécution du contrat, lorsque ces agents ou ces autres personnes agissent dans l'exercice de leurs fonctions.

§ 2

Haben die Parteien des Vertrages nichts anderes vereinbart, so gelten die Betreiber der Eisenbahninfrastruktur, auf der das Eisenbahnverkehrsunternehmen den Wagen als Beförderungsmittel verwendet, als Personen, deren sich das Eisenbahnverkehrsunternehmen bedient.

§ 3

Die für die Instandhaltung zuständige Stelle (ECM) gemäß Artikel 15 § 2 der Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF gilt als Person, derer sich der Halter bedient.

So hat der Vertrag nach Artikel 1 die für die Gewährleistung eines Informationsaustausches zwischen ECM und Eisenbahnunternehmen gemäß Artikel 15 § 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF nötigen Bestimmungen zu enthalten.

§ 4

Die §§ 1, 2 und 3 gelten auch bei Subrogation nach Artikel 8.“

§ 2

Unless the contracting parties otherwise agree, the managers of the infrastructure on which the rail transport undertakings use the vehicle as a means of transport, shall be regarded as persons whose services the rail transport undertaking makes use of.

§ 3

The entity in charge of maintenance (ECM) as defined in Article 15 § 2 of the ATMF Uniform Rules shall be considered as a person whose services the keeper makes use of.

The contract defined in Article 1 shall contain the relevant provisions to ensure the exchange of information as defined in Article 15 § 3 of the ATMF Uniform Rules between the ECM and the railway undertaking.

§ 4

“§§ 1, 2 and 3 shall also apply in the case of subrogation in accordance with Article 8.”

§ 2

Sauf convention contraire entre les parties au contrat, les gestionnaires de l'infrastructure, sur laquelle l'entreprise de transport ferroviaire utilise le véhicule en tant que moyen de transport, sont considérés comme des personnes au service desquelles l'entreprise de transport ferroviaire recourt.

§ 3

L'entité chargée de l'entretien (ECE) définie à l'article 15, § 2, des Règles uniformes ATMF est considérée comme une personne au service de laquelle le détenteur recourt.

Le contrat visé à l'article premier doit indiquer les dispositions nécessaires pour garantir l'échange d'informations au sens de l'article 15, § 3, des Règles uniformes ATMF entre l'ECE et l'entreprise ferroviaire.

§ 4

Les §§ 1, 2 et 3 s'appliquent également en cas de subrogation conformément à l'article 8.»

Beschluss der 12. Generalversammlung
zur Änderung des Anhangs F (ER APTU)

Decision of the 12th General Assembly
to modify Appendix F (APTU UR)

Décision de la 12^e Assemblée générale
de modifier l'Appendice F (RU APTU)

Artikel 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für die Verbindlicherklärung technischer Normen und für die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist (APTU), Anhang F zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) und der vom Revisionsausschuss in seiner 24. und 25. Tagung angenommenen Änderungen wird wie folgt gefasst:

Article 3 of the Uniform Rules concerning the Validation of Technical Standards and the Adoption of Uniform Technical Prescriptions applicable to Railway Material intended to be used in International Traffic (APTU), Appendix F to the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) and with amendments adopted by the Revision Committee at its 24th and 25th sessions, reads as follows:

L'article 3 des Règles uniformes concernant la validation de normes techniques et l'adoption de prescriptions techniques uniformes applicables au matériel ferroviaire destiné à être utilisé en trafic international (APTU), appendice F à la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 dans la teneur du Protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) et des modifications adoptées par la Commission de révision lors de ses 24^e et 25^e sessions, est libellé comme suit:

„Artikel 3 Zweck § 1	“Article 3 Aim § 1	«Article 3 But § 1
Die Verbindlicherklärung technischer Normen für Eisenbahnmaterial sowie die Annahme von ETV für Eisenbahnmaterial sollen	The validation of technical standards relating to railway material and the adoption of UTP applicable to railway material shall have as its aim to	La validation de normes techniques relatives au matériel ferroviaire et l'adoption de PTU applicables au matériel ferroviaire ont pour but de:
a) das freie Verkehren von Fahrzeugen im internationalen Verkehr erleichtern;	a) facilitate the free circulation of vehicles in international traffic,	a) faciliter la libre circulation de véhicules en trafic international;
b) dazu beitragen, die Sicherheit, die Zuverlässigkeit und die Betriebsbereitschaft im internationalen Verkehr zu gewährleisten;	b) contribute to ensuring the safety, efficiency and the availability for international traffic,	b) contribuer à assurer la sécurité, la fiabilité et la disponibilité en trafic international;
c) den Belangen der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit Rechnung tragen.	c) take account of the protection of the environment and public health.	c) tenir compte de la protection de l'environnement et de la santé publique.
§ 2	§ 2	§ 2
Bei der Verbindlicherklärung technischer Normen oder der Annahme von ETV werden ausschließlich solche herangezogen, die auf internationaler Ebene ausgearbeitet wurden.	When technical standards are validated or UTP are adopted, only those prepared at the international level shall be taken into account.	Lors de la validation de normes techniques ou de l'adoption de PTU, seules sont prises en compte celles qui ont été élaborées au niveau international.
§ 3	§ 3	§ 3
Nach Möglichkeit	To the extent possible	Dans la mesure du possible:
a) ist die Interoperabilität der für den internationalen Verkehr erforderlichen technischen Systeme und Komponenten sicherzustellen;	a) it is appropriate to ensure interoperability of technical systems and components necessary for international traffic;	a) il convient d'assurer une interopérabilité des systèmes et composants techniques nécessaires en trafic international;
b) sind die technischen Normen und ETV wirkungsorientiert; gegebenenfalls enthalten sie Varianten.“	b) technical standards and UTP shall be performance related; if appropriate, they shall include variants.“	b) les normes techniques et les PTU sont axées sur les performances; le cas échéant, elles comportent des variantes.“

Beschluss der 12. Generalversammlung
zur Änderung des Anhangs G (ER ATMF)

Decision of the 12th General Assembly
to modify Appendix G (ATMF UR)

Décision de la 12^e Assemblée générale
de modifier l'Appendice G (RU ATMF)

Die Artikel 1 und 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für die technische Zulassung von Eisenbahnmaterial, das im internationalen Verkehr verwendet wird (ATMF), Anhang G zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) und der vom Revisionsausschuss in seiner 24. und 25. Tagung angenommenen Änderungen werden wie folgt gefasst:

Articles 1 and 3 of the Uniform Rules concerning Technical Admission of Railway Material used in International Traffic (ATMF), Appendix G to the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) and with amendments adopted by the Revision Committee at its 24th and 25th sessions, read as follows:

Les articles 1^{er} et 3 des Règles uniformes concernant l'admission technique de matériel ferroviaire utilisé en trafic international (ATMF), appendice G à la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 dans la teneur du Protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) et des modifications adoptées par la Commission de révision lors de ses 24^e et 25^e sessions, sont libellés comme suit:

„Artikel 1

Anwendungsbereich

Diese Einheitlichen Rechtsvorschriften legen das Verfahren fest, nach dem Eisenbahnfahrzeuge zum Einsatz oder zur Verwendung im internationalen Verkehr zugelassen werden.

“Article 1

Scope

These Uniform Rules lay down, for railway vehicles, the procedure for the admission to circulation or use in international traffic.

«Article premier

Champ d'application

Les présentes Règles uniformes fixent la procédure selon laquelle les véhicules ferroviaires sont admis à circuler ou à être utilisés en trafic international.

Artikel 3

Zulassung zum internationalen Verkehr

§ 1

Um im internationalen Verkehr eingesetzt zu werden, muss jedes Eisenbahnfahrzeug gemäß diesen Einheitlichen Rechtsvorschriften zugelassen sein.

§ 2

Die technische Zulassung hat zum Zweck festzustellen, ob Eisenbahnfahrzeuge den

- a) Bauvorschriften der ETV,
- b) Bau- und Ausrüstungsvorschriften der Anlage zum RID,
- c) besonderen Bedingungen einer Zulassung in Anwendung des Artikels 7a entsprechen.

§ 3

Für die technische Zulassung einzelner Bauteile von Eisenbahnfahrzeugen gelten §§ 1 und 2 sowie die folgenden Artikel sinngemäß.“

Article 3

Admission to international traffic

§ 1

Each railway vehicle must, for circulation in international traffic, be admitted in accordance with these Uniform Rules.

§ 2

The technical admission shall have the aim of ascertaining whether the railway vehicles satisfy

- a) the construction prescriptions contained in the UTP,
- b) the construction and equipment prescriptions contained in RID,
- c) the special conditions of an admission under Article 7a.

§ 3

§§ 1 and 2 as well as the following articles shall apply mutatis mutandis to the technical admission of elements of construction.”

Article 3

Admission au trafic international

§ 1

Pour circuler en trafic international, chaque véhicule ferroviaire doit être admis conformément aux présentes Règles uniformes.

§ 2

L'admission technique a pour but de vérifier que les véhicules ferroviaires répondent aux:

- a) prescriptions de construction contenues dans les PTU,
- b) prescriptions de construction et d'équipement contenues dans le RID,
- c) conditions particulières d'admission selon l'article 7a.

§ 3

Les §§ 1 et 2 ainsi que les articles suivants s'appliquent par analogie à l'admission technique d'éléments de construction.»

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Beschlüsse der 12. Generalversammlung der OTIF haben eine Neufassung der jeweils betroffenen Rechtsvorschrift zum Gegenstand. Die Abweichungen von dem Ursprungstext sind in der Anlage zur Denkschrift synoptisch dargestellt.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

1. Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (COTIF 1999)

Zu Artikel 3 – Internationale Zusammenarbeit

In Artikel 3 § 2 wird der Begriff „Europäische Gemeinschaften“ infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon in „Europäische Union“ geändert.

Zu Artikel 12 – Vollstreckung von Urteilen. Arrest und Pfändung

Mit der Änderung des Artikels 12 § 5 wird die Begriffsbestimmung für „Halter“ an die vom Revisionsausschuss beschlossene und am 1. Juli 2015 in Kraft getretene Änderung des Artikels 2 Buchstabe c der Einheitlichen Rechtsvorschriften CUV (BGBl. 2015 II S. 830, 832) angeglichen.

Zu Artikel 14 – Generalversammlung

Zu Artikel 14 § 2 Buchstabe e

Nach der derzeit geltenden Regelung in Artikel 14 § 2 Buchstabe e ist von der Generalversammlung für einen Zeitraum von sechs Jahren ein Höchstbetrag festzusetzen, den die Ausgaben der Organisation in jeder Haushaltsperiode (Artikel 25 COTIF 1999) erreichen dürfen. Die beschlossene Änderung verkürzt diesen Zeitraum, um flexibler reagieren zu können, auf drei Jahre und folgt damit einer Empfehlung des Rechnungsprüfers der OTIF.

Zu Artikel 14 § 6

Die Änderung von Artikel 14 § 6 stellt eine Folgeänderung zum Beschluss des Revisionsausschusses auf seiner 25. Tagung vom 25. bis 26. Juni 2014 zu Artikel 27 COTIF 1999 dar (BGBl. 2015 II S. 830, 831). Danach wurden die bisherigen §§ 3 bis 5 des Artikels 27 COTIF 1999 durch die neuen §§ 2 bis 4 ersetzt. Die Verweisung in Artikel 14 § 6 wird entsprechend geändert.

Zu Artikel 15 – Verwaltungsausschuss

Nach dem geltenden Artikel 15 § 5 Buchstabe g setzt der Verwaltungsausschuss den endgültigen Beitrag, den die Mitgliedstaaten für die beiden abgelaufenen Kalenderjahre zu tragen haben, sowie die Höhe der für das laufende und folgende Kalenderjahr zu leistende Vorauszahlung fest. Die beschlossene Änderung verkürzt diesen Zeitraum, um flexibler reagieren zu können, auf jeweils ein Jahr. Diese Änderung ist die Folge der aufgrund der Empfehlung des Rechnungsprüfers vorgeschlagenen Änderung von Artikel 25.

Zu Artikel 20 – Fachausschuss für technische Fragen

Nach der geltenden Regelung in Artikel 20 § 3 kann der Fachausschuss für technische Fragen entweder technische Normen für verbindlich erklären oder einheitliche technische Vorschriften annehmen oder ihre Verbindlicherklärung oder Annahme ablehnen. Er kann sie jedoch nicht ändern. Dies steht im Widerspruch zu Artikel 33 § 6, wonach der Fachausschuss für technische Fragen über Anträge auf Änderung der Anlagen der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU entscheidet. Nach dem Beschluss der Generalversammlung wird daher Artikel 20 § 3 aufgehoben. Stattdessen wird in Artikel 20 § 1 Buchstabe a ein neuer Satz eingefügt, der bestimmt, dass das Verbot einer Änderung sich nur noch auf das Verfahren der Verbindlicherklärung von Normen bezieht. Entschieden der Fachausschuss für technische Fragen über die Verbindlicherklärung einer technischen Norm für Eisenbahnmaterial, kann er technische Normen oder spezifische Teile daraus entweder für verbindlich erklären oder ihre Verbindlicherklärung ablehnen; er kann die Verbindlicherklärung in diesem Verfahren jedoch nicht ändern. Zur Klarstellung, dass Änderungen technischer Vorschriften möglich sein sollen, wird in Artikel 20 § 1 Buchstabe b festgelegt, dass der Fachausschuss über die Annahme oder Änderung einer Einheitlichen Technischen Vorschrift entscheidet.

Zu Artikel 24 – Listen der Linien

Nach dem Änderungsbeschluss wird die in § 5 geregelte Frist, nach deren Ablauf eine gestrichene Linie nicht mehr dem COTIF unterstellt ist (bislang drei Monate) mit der für die Eintragung neuer Linien vorgesehenen Frist (derzeit wird eine neue Linie einen Monat nach der Mitteilung dem COTIF unterstellt) harmonisiert. Wenn nämlich ein Beförderer den Betrieb auf einer Schifffahrtlinie einstellt, ein anderer diese Linie aber gleichzeitig neu in Betrieb nimmt, hat man sowohl eine Streichung als auch eine Neueintragung einer Linie. Bei unterschiedlich langen Fristen kommt es hier zu Überlappungen, die nicht der Realität entsprechen. Für beide Fälle soll daher dieselbe einmonatige Frist gelten.

Zu Artikel 25 – Arbeitsprogramm. Voranschlag. Rechnungsabschluss. Geschäftsbericht

Der geltende Artikel 25 § 1 COTIF sieht vor, dass Voranschlag und Rechnungsabschluss einen Zeitraum von zwei Kalenderjahren abdecken. Zur besseren Steuerung ist es jedoch sinnvoll, Voranschlag und Rechnungsabschluss auf jährlicher Basis zu erstellen. Daher werden in den §§ 1 und 2 die darin genannten Fristen verkürzt.

Zu Artikel 26 – Finanzierung der Ausgaben

Diese Änderungen sind die Folge der aufgrund der Empfehlung des Rechnungsprüfers vorgeschlagenen Änderung von Artikel 25 COTIF. Es soll bei der Erstellung des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses ein jährlicher Rhythmus eingeführt werden.

Zu Artikel 33 – Zuständigkeiten

Die Änderung von § 4 Buchstabe a stellt eine Folgeänderung zu dem vom Revisionsausschuss auf seiner 25. Ta-

gung gefassten Beschluss, Artikel 27 §§ 2 und 4 COTIF 1999 in der Fassung der vom Revisionsausschuss auf seiner 24. Tagung angenommenen Änderungen (BGBl. 2010 II S. 1246, 1247) zu streichen und einen neuen § 4 anzufügen (BGBl. 2015 II S. 830, 831), dar. Daher ist die Verweisung in Artikel 33 § 4 Buchstabe a COTIF entsprechend anzupassen.

2. Einheitliche Rechtsvorschriften für Verträge über die Verwendung von Wagen im internationalen Eisenbahnverkehr (CUV – Anhang D zum Übereinkommen)

Zu Artikel 1a CUV

Mit der neuen, von Deutschland vorgeschlagenen Regelung wird klargestellt, dass die Einheitlichen Rechtsvorschriften CUV ausschließlich die aus dem Verwendungsvertrag resultierenden Pflichten zwischen den Vertragsparteien (Halter und Eisenbahnverkehrsunternehmen) und die Haftung einer Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei aus dem Verwendungsvertrag regeln und das öffentliche Sicherheits- und Ordnungsrecht unberührt lassen. Damit sollen nach dem Vorbild von Artikel 2 der Einheitlichen Rechtsvorschriften CIM (Anhang B zum Übereinkommen) eventuell bestehende Zweifel daran beseitigt werden, ob die Einheitlichen Rechtsvorschriften CUV öffentlich-rechtliche Regelungen unberührt lassen.

Zu Artikel 9 CUV

Nach dem Änderungsbeschluss wird in Artikel 9 ein neuer § 3 eingefügt. Diese Vorschrift soll § 1 ergänzen, wonach die Parteien eines Verwendungsvertrages für ihre Bediensteten und Erfüllungsgehilfen haften, wenn diese Personen in Ausübung ihrer Verrichtungen handeln. Nach dem neuen § 3 soll derselbe Grundsatz für das Verhältnis von Halter und der für die Instandhaltung zuständigen Stelle (ECM) gelten. Hierbei handelt es sich um eine in das Fahrzeugregister gemäß Artikel 13 der Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF eingetragene Person, deren Aufgabe die Instandhaltung eines Fahrzeugs ist (Artikel 2 Buchstabe h ATMF) und die nach Artikel 15 § 3 Satz 2 ATMF sicherzustellen hat, dass dem betriebführenden Eisenbahnunternehmen verlässliche Informationen über Instandhaltungsvorgänge und Daten zur Verfügung stehen. Um sicherzustellen, dass das betriebführende Eisenbahnunternehmen diese Informationen auch bei Abschluss von Verwendungsverträgen erhält, sieht der neue § 3 Satz 2 vor, dass der Verwendungsvertrag „die nötigen

Bestimmungen“ zur Gewährleistung eines Informationsaustausches enthalten muss. Dabei wird zugleich bestimmt, dass die ECM dem Halter zuzurechnen ist. Kommt der Halter seinen im Verwendungsvertrag festgelegten Pflichten nicht nach, haftet er also nach Artikel 9 § 1 CUV auch für die ECM.

3. Einheitliche Rechtsvorschriften für die Verbindlicherklärung technischer Normen und für die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist (APTU – Anhang F zum Übereinkommen)

Zu Artikel 3 APTU

Nach der bisherigen Regelung in Artikel 3 § 1 Buchstabe a soll die Verbindlicherklärung technischer Normen für Eisenbahnmaterial sowie die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial das freie Verkehren von Fahrzeugen und die freizügige Verwendung von sonstigem Eisenbahnmaterial im internationalen Verkehr erleichtern. Der Begriff „sonstiges Eisenbahnmaterial“ erfüllt jedoch keinen praktischen Zweck und wird daher zur Rechtsbereinigung gestrichen.

4. Einheitliche Rechtsvorschriften für die technische Zulassung von Eisenbahnmaterial, das im internationalen Verkehr verwendet wird (ATMF – Anhang G zum Übereinkommen)

Zu Artikel 1 ATMF

Nach der bisherigen Regelung in Artikel 1 legen diese Einheitlichen Rechtsvorschriften das Verfahren fest, nach dem Eisenbahnfahrzeuge und sonstiges Eisenbahnmaterial zum Einsatz oder zur Verwendung im internationalen Verkehr zugelassen werden. Der Begriff „sonstiges Eisenbahnmaterial“ erfüllt jedoch keinen praktischen Zweck und wird daher zur Rechtsbereinigung gestrichen.

Zu Artikel 3 ATMF

Nach der bisherigen Regelung in Artikel 3 § 3 gelten für die technische Zulassung sonstigen Eisenbahnmaterials sowie einzelner Bauteile von Eisenbahnfahrzeugen und sonstigem Eisenbahnmaterial die §§ 1 und 2 sowie die folgenden Artikel der ATMF sinngemäß. Der Begriff „sonstiges Eisenbahnmaterial“ erfüllt jedoch keinen praktischen Zweck und wird daher zur Rechtsbereinigung gestrichen.

Anlage zur Denkschrift

COTIF 1999

Artikel 3

§ 2

Die Verpflichtungen, die sich aus § 1 für die Mitgliedstaaten, die zugleich Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften oder zugleich Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, ergeben, lassen die Verpflichtungen, die sie als Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften oder als Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum treffen, unberührt.

Artikel 12

Vollstreckung von Urteilen.
Arrest und Pfändung

§ 5

Eisenbahnfahrzeuge können in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, in dem der Halter seinen Sitz hat, nur auf Grund einer Entscheidung der Gerichte dieses Staates mit Arrest belegt oder gepfändet werden. Der Ausdruck „Halter“ bezeichnet denjenigen, der als Eigentümer oder sonst Verfügungsberechtigter das Eisenbahnfahrzeug dauerhaft als Beförderungsmittel wirtschaftlich nutzt.

Artikel 14

Generalversammlung

§ 2

Die Generalversammlung

- e) setzt für einen Zeitraum von sechs Jahren den Höchstbetrag fest, den die Ausgaben der Organisation in jeder Haushaltsperiode (Artikel 25) erreichen dürfen; andernfalls gibt sie für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren Richtlinien für die Begrenzung dieser Ausgaben;

§ 6

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der bei der Abstimmung vertretenen Mitgliedstaaten; in den Fällen des § 2 Buchst. e), f), g), h), l)

COTIF 1999

in der Fassung der Änderungsbeschlüsse
vom 29. und 30. September 2015

[Die Artikel 1 und 2 bleiben unverändert.]

Artikel 3

[§ 1 bleibt unverändert.]

§ 2

Die Verpflichtungen, die sich aus § 1 für die Mitgliedstaaten, die zugleich Mitglieder der Europäischen Union oder zugleich Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, ergeben, lassen die Verpflichtungen, die sie als Mitglieder der Europäischen Union oder als Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum treffen, unberührt.

[Die Artikel 4 bis 11 bleiben unverändert.]

Artikel 12

Vollstreckung von Urteilen.
Arrest und Pfändung

[Die §§ 1 bis 4 bleiben unverändert.]

§ 5

Eisenbahnfahrzeuge können in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, in dem der Halter seinen Sitz hat, nur auf Grund einer Entscheidung der Gerichte dieses Staates mit Arrest belegt oder gepfändet werden. Der Ausdruck „Halter“ bezeichnet die natürliche oder juristische Person, die als Eigentümerin oder Verfügungsberechtigte einen Wagen als Beförderungsmittel wirtschaftlich nutzt.

[Artikel 13 bleibt unverändert.]

Artikel 14

Generalversammlung

[§ 1 bleibt unverändert.]

§ 2

Die Generalversammlung

[Die Buchstaben a bis d bleiben unverändert.]

- e) setzt für einen Zeitraum von drei Jahren den Höchstbetrag fest, den die Ausgaben der Organisation in jeder Haushaltsperiode (Artikel 25) erreichen dürfen; andernfalls gibt sie für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren Richtlinien für die Begrenzung dieser Ausgaben;

[Die Buchstaben f bis q bleiben unverändert.]

[Die §§ 3 bis 5 bleiben unverändert.]

§ 6

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der bei der Abstimmung vertretenen Mitgliedstaaten; in den Fällen des § 2 Buchst. e), f), g), h), l)

und p) sowie im Falle des Artikels 34 § 6 ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Im Falle des § 2 Buchst. l) ist eine Mehrheit von zwei Dritteln nur erforderlich, soweit es sich um Anträge auf Änderung des Übereinkommens selbst, mit Ausnahme der Artikel 9 und 27 §§ 2 bis 5, sowie um Anträge auf Änderung des in Artikel 1 § 4 genannten Protokolls handelt.

Artikel 15 Verwaltungsausschuss

§ 5

Der Ausschuss

- g) setzt auf der Grundlage des genehmigten Rechnungsabschlusses den endgültigen Beitrag, den die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 26 für die beiden abgelaufenen Kalenderjahre zu tragen haben, sowie die Höhe der für das laufende und folgende Kalenderjahr nach Maßgabe des Artikels 26 § 5 zu leistenden Vorauszahlung fest;

Artikel 20 Fachausschuss für technische Fragen

§ 1

Der Fachausschuss für technische Fragen

- a) entscheidet über die Verbindlicherklärung einer technischen Norm für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 5 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU;
- b) entscheidet über die Annahme einer Einheitlichen Technischen Vorschrift für Bau, Betrieb, Instandhaltung oder für Verfahren betreffend Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU;

§ 3

Der Fachausschuss für technische Fragen kann entweder technische Normen für verbindlich erklären oder einheitliche technische Vorschriften annehmen, oder ihre Verbindlicherklärung oder Annahme ablehnen, er kann sie keinesfalls ändern.

und p) sowie im Falle des Artikels 34 § 6 ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Im Falle des § 2 Buchst. l) ist eine Mehrheit von zwei Dritteln nur erforderlich, soweit es sich um Anträge auf Änderung des Übereinkommens selbst, mit Ausnahme der Artikel 9 und 27 §§ 2 bis 4, sowie um Anträge auf Änderung des in Artikel 1 § 4 genannten Protokolls handelt.

[§ 7 bleibt unverändert.]

Artikel 15 Verwaltungsausschuss

§ 5

Der Ausschuss

[Die Buchstaben a bis f bleiben unverändert.]

- g) setzt auf der Grundlage des genehmigten Rechnungsabschlusses den endgültigen Beitrag, den die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 26 für das abgelaufene Kalenderjahr zu tragen haben, sowie die Höhe der für das laufende Kalenderjahr nach Maßgabe des Artikels 26 § 5 zu leistenden Vorauszahlung fest;

[Die Buchstaben h bis r bleiben unverändert.]

[Die §§ 6 bis 10 bleiben unverändert.]

[Die Artikel 16 bis 19 bleiben unverändert.]

Artikel 20 Fachausschuss für technische Fragen

§ 1

Der Fachausschuss für technische Fragen

- a) entscheidet über die Verbindlicherklärung einer technischen Norm für Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 5 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU. **Bei solchen Entscheidungen kann er technische Normen oder spezifische Teile daraus entweder für verbindlich erklären, oder ihre Verbindlicherklärung ablehnen; er kann sie keinesfalls ändern;**
- b) entscheidet über die Annahme oder Änderung einer Einheitlichen Technischen Vorschrift für Bau, Betrieb, Instandhaltung oder für Verfahren betreffend Eisenbahnmaterial, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist, gemäß Artikel 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften APTU;

[Die Buchstaben c bis e bleiben unverändert.]

[§ 2 bleibt unverändert.]

[gestrichen]

[Die Artikel 21 bis 23 bleiben unverändert.]

Artikel 24
Listen der Linien

§ 5

Beförderungen auf Linien zur See oder auf Binnengewässern gemäß § 1 und Beförderungen auf Eisenbahnstrecken gemäß § 2 sind dem Übereinkommen nach Ablauf eines Monats, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Eintragung, unterstellt. Sie sind dem Übereinkommen nach Ablauf von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Streichung, nicht mehr unterstellt, ausgenommen bereits begonnene Beförderungen, die beendet werden müssen.

Artikel 25
Arbeitsprogramm. Voranschlag.
Rechnungsabschluss. Geschäftsbericht

§ 1

Das Arbeitsprogramm, der Voranschlag und der Rechnungsabschluss der Organisation umfassen einen Zeitraum von jeweils zwei Kalenderjahren.

§ 2

Die Organisation gibt mindestens alle zwei Jahre einen Geschäftsbericht heraus.

§ 3

Die Höhe der Ausgaben der Organisation wird auf Vorschlag des Generalsekretärs vom Verwaltungsausschuss für jede Haushaltsperiode festgelegt.

Artikel 26
Finanzierung der Ausgaben

§ 5

Die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den Ausgaben der Organisation werden in Form einer Vorauszahlung in zwei Raten bis spätestens 31. Oktober eines jeden der beiden Jahre, die der Voranschlag umfasst, geschuldet. Die Höhe der Vorauszahlungen wird auf der Grundlage der für die beiden Vorjahre endgültig geschuldeten Beiträge festgesetzt.

§ 6

Mit der Übersendung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses an die Mitgliedstaaten teilt der Generalsekretär die endgültige Höhe des Beitrags für die beiden abgelaufenen Kalenderjahre sowie die Höhe des Vorschusses für die beiden kommenden Kalenderjahre mit.

§ 7

Nach dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Mitteilung des Generalsekretärs gemäß § 6 erfolgt ist, ist der für die beiden abgelaufenen Kalenderjahre geschuldete

Artikel 24
Listen der Linien

[Die §§ 1 bis 4 bleiben unverändert.]

§ 5

Beförderungen auf Linien zur See oder auf Binnengewässern gemäß § 1 und Beförderungen auf Eisenbahnstrecken gemäß § 2 sind dem Übereinkommen nach Ablauf eines Monats, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Eintragung, unterstellt. Sie sind dem Übereinkommen nach Ablauf von einem Monat, gerechnet vom Tage der Mitteilung des Generalsekretärs über die Streichung, nicht mehr unterstellt, ausgenommen bereits begonnene Beförderungen, die beendet werden müssen.

Artikel 25
Arbeitsprogramm. Voranschlag.
Rechnungsabschluss. Geschäftsbericht

§ 1

Der Voranschlag und der Rechnungsabschluss der Organisation umfassen einen Zeitraum von jeweils einem Kalenderjahr. Das Arbeitsprogramm umfasst einen Zeitraum von zwei Kalenderjahren.

§ 2

Die Organisation gibt jedes Jahr einen Geschäftsbericht heraus.

§ 3

[unverändert]

Artikel 26
Finanzierung der Ausgaben

[Die §§ 1 bis 4 bleiben unverändert.]

§ 5

Die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den Ausgaben der Organisation werden in Form einer Vorauszahlung bis spätestens 31. Oktober des Jahres, das der Voranschlag umfasst, geschuldet. Die Höhe der Vorauszahlungen wird auf der Grundlage der für das Vorjahr endgültig geschuldeten Beiträge festgesetzt.

§ 6

Mit der Übersendung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses an die Mitgliedstaaten teilt der Generalsekretär die endgültige Höhe des Beitrags für das abgelaufene Kalenderjahr sowie die Höhe des Vorschusses für das kommende Kalenderjahr mit.

§ 7

Nach dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Mitteilung des Generalsekretärs gemäß § 6 erfolgt ist, ist der für das abgelaufene Kalenderjahr geschuldete Beitrag mit

Beitrag mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen. Hat ein Mitgliedstaat ein Jahr nach diesem Zeitpunkt seinen Beitrag nicht gezahlt, so ist sein Stimmrecht ausgesetzt, bis er seiner Zahlungspflicht nachgekommen ist. Nach Ablauf einer weiteren Frist von zwei Jahren prüft die Generalversammlung, ob die Haltung dieses Staates als stillschweigende Kündigung des Übereinkommens anzusehen ist, wobei sie gegebenenfalls den Zeitpunkt festlegt, in dem die Kündigung wirksam wird.

Artikel 33 **Zuständigkeiten**

§ 4

Vorbehaltlich einer Feststellung der Generalversammlung gemäß § 3 Satz 1 entscheidet der Revisionsausschuss über Anträge auf Änderung der

- a) Artikel 9 und 27 §§ 2 bis 5;

fünf Prozent jährlich zu verzinsen. Hat ein Mitgliedstaat zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt seinen Beitrag nicht gezahlt, so ist sein Stimmrecht ausgesetzt, bis er seiner Zahlungspflicht nachgekommen ist. Nach Ablauf einer weiteren Frist von zwei Jahren prüft die Generalversammlung, ob die Haltung dieses Staates als stillschweigende Kündigung des Übereinkommens anzusehen ist, wobei sie gegebenenfalls den Zeitpunkt festlegt, in dem die Kündigung wirksam wird.

[Die Artikel 27 bis 32 bleiben unverändert.]

Artikel 33 **Zuständigkeiten**

[Die §§ 1 bis 3 bleiben unverändert.]

§ 4

Vorbehaltlich einer Feststellung der Generalversammlung gemäß § 3 Satz 1 entscheidet der Revisionsausschuss über Anträge auf Änderung der

- a) Artikel 9 und 27 §§ 2 bis **4**;

[Die Buchstaben b bis g sowie Satz 2 bleiben unverändert.]

[Die §§ 5 und 6 bleiben unverändert.]

[Die Artikel 34 bis 45 bleiben unverändert.]

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für Verträge über die Verwendung von Wagen
im internationalen Eisenbahnverkehr
(CUV – Anhang D zum Übereinkommen)**

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für Verträge über die Verwendung von Wagen
im internationalen Eisenbahnverkehr
(CUV – Anhang D zum Übereinkommen)
in der Fassung der Änderungsbeschlüsse
vom 29. und 30. September 2015**

[Artikel 1 bleibt unverändert.]

Artikel 1a

Regelungsbereich

Diese Einheitlichen Rechtsvorschriften regeln ausschließlich die aus dem Vertrag über die Verwendung von Eisenbahnwagen als Beförderungsmittel zur Durchführung von Beförderungen nach den Einheitlichen Rechtsvorschriften CIV und nach den Einheitlichen Rechtsvorschriften CIM erwachsenden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Die auf Wagenverwendungen anzuwendenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften insbesondere über die technische Zulassung, die Instandhaltung und die Betriebssicherheit bleiben unberührt.

[Die Artikel 2 bis 8 bleiben unverändert.]

Artikel 9

Haftung für Bedienstete und andere Personen

Artikel 9

Haftung für Bedienstete und andere Personen

[Die §§ 1 und 2 bleiben unverändert.]

§ 3

Die für die Instandhaltung zuständige Stelle (ECM) gemäß Artikel 15 § 2 der Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF gilt als Person, derer sich der Halter bedient.

So hat der Vertrag nach Artikel 1 die für die Gewährleistung eines Informationsaustausches zwischen ECM und Eisenbahnunternehmen gemäß Artikel 15 § 3 der Einheitlichen Rechtsvorschriften ATMF nötigen Bestimmungen zu enthalten.

§ 3

Die §§ 1 und 2 gelten auch bei Subrogation nach Artikel 8.

§ 4

Die §§ 1, 2 und 3 gelten auch bei Subrogation nach Artikel 8.

[Die Artikel 10 bis 12 bleiben unverändert.]

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für die Verbindlicherklärung technischer
Normen und für die Annahme einheitlicher
technischer Vorschriften für Eisen-
bahnmaterial, das zur Verwendung im
internationalen Verkehr bestimmt ist
(APTU – Anhang F zum Übereinkommen)**

**Artikel 3
Zweck**

§ 1

Die Verbindlicherklärung technischer Normen für Eisenbahnmaterial sowie die Annahme von ETV für Eisenbahnmaterial sollen

- a) das freie Verkehren von Fahrzeugen und die freizügige Verwendung von sonstigem Eisenbahnmaterial im internationalen Verkehr erleichtern;

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für die Verbindlicherklärung technischer
Normen und für die Annahme einheitlicher
technischer Vorschriften für Eisen-
bahnmaterial, das zur Verwendung im
internationalen Verkehr bestimmt ist
(APTU – Anhang F zum Übereinkommen)
in der Fassung der Änderungsbeschlüsse
vom 29. und 30. September 2015**

[Die Artikel 1 und 2 bleiben unverändert.]

**Artikel 3
Zweck**

§ 1

Die Verbindlicherklärung technischer Normen für Eisenbahnmaterial sowie die Annahme von ETV für Eisenbahnmaterial sollen

- a) das freie Verkehren von Fahrzeugen im internationalen Verkehr erleichtern;

[Die Buchstaben b und c bleiben unverändert.]

[Die §§ 2 und 3 bleiben unverändert.]

[Die Artikel 4 bis ... bleiben unverändert.]

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für die technische Zulassung
von Eisenbahnmaterial, das im
internationalen Verkehr verwendet wird
(ATMF – Anhang G
zum Übereinkommen)**

Artikel 1

Anwendungsbereich

Diese Einheitlichen Rechtsvorschriften legen das Verfahren fest, nach dem Eisenbahnfahrzeuge und sonstiges Eisenbahnmaterial zum Einsatz oder zur Verwendung im internationalen Verkehr zugelassen werden.

Artikel 3

Zulassung zum internationalen Verkehr

§ 3

Für die technische Zulassung sonstigen Eisenbahnmaterials sowie einzelner Bauteile von Eisenbahnfahrzeugen und sonstigem Eisenbahnmaterial gelten §§ 1 und 2 sowie die folgenden Artikel sinngemäß.

**Einheitliche Rechtsvorschriften
für die technische Zulassung
von Eisenbahnmaterial, das im
internationalen Verkehr verwendet wird
(ATMF – Anhang G
zum Übereinkommen)
in der Fassung der Änderungsbeschlüsse
vom 29. und 30. September 2015**

Artikel 1

Anwendungsbereich

Diese Einheitlichen Rechtsvorschriften legen das Verfahren fest, nach dem Eisenbahnfahrzeuge zum Einsatz oder zur Verwendung im internationalen Verkehr zugelassen werden.

[Artikel 2 bleibt unverändert.]

Artikel 3

Zulassung zum internationalen Verkehr

[Die §§ 1 und 2 bleiben unverändert.]

§ 3

Für die technische Zulassung einzelner Bauteile von Eisenbahnfahrzeugen gelten §§ 1 und 2 sowie die folgenden Artikel sinngemäß.

[Die Artikel 4 bis ... bleiben unverändert.]